

Württ.Ev.Landeskirche.  
Der Landesbischof.

Stuttgart, den 9. Dezember 1941.

Landeskirchliches Archiv Stuttgart  
Bestand D 1 (Möhlmann) Nr. 105  
Reproduktionsrecht beim  
Landeskirchlichen Archiv Stuttgart

An den  
Führer und Reichskanzler

Führerhauptquartier.

Dem Führer des Deutschen Volkes

habe ich im Auftrag der Konferenz der Kirchenführer, die auf dem Boden der staatlich anerkannten Verfassung der Deutschen Evangelischen Kirche und der Bekenntnisse der Reformation stehen, ernste Anliegen der evangelischen Kirche vorzutragen. Dass dies gleichzeitig mit einer Vorstellung des katholischen Episkopats geschieht, bitte ich als Zeichen dafür anzusehen, dass es um die Sache der gesamten Christenheit in Deutschland geht und dass zwischen den beiden grossen christlichen Konfessionen nicht der die Volksgemeinschaft bedrohende Zwiespalt herrscht, von dem so oft gesprochen wird.

Die evangelische Kirche hat getreu ihren vaterländischen Traditionen seit Kriegsbeginn nichts versäumt, um die Opferbereitschaft der zu ihr zählenden Volkskreise zu stärken. Der evangelische Pfarrstand, dessen Mitglieder und Söhne in überaus grosser Zahl in der Wehrmacht stehen, hat besonders seit Beginn des russischen Feldzugs die grössten und schmerzlichsten Opfer gebracht. Bis zum 1. Oktober 1941 waren von den 6800 beim Heer stehenden evangelischen Pfarrern 345 gefallen, also über 5%. Diese Zahlen sind inzwischen bereits weiter gestiegen. Die von mir geleitete württembergische Landeskirche zählte zu Kriegsbeginn 1210 ständige und unständige Geistliche. Von ihnen sind bis heute 555 zum Heer einberufen worden. Von diesen sind 47 = 8,5% gefallen. Das ist ein Prozentsatz, der erheblich über dem Durchschnitt liegen dürfte. Die zurückgebliebenen Pfarrer haben durch die umfangreichen Vertretungen ein solches Maß von Arbeit zu tragen, dass von einer ausreichenden geistlichen Versorgung der Gemeinden weithin nicht mehr die Rede sein kann. Sie tun aber in Treue und Aufopferung ihren stillen Dienst, der in dieser Zeit schwer seelischer Belastung unseres Volkes einfach unentbehrlich ist.

Wir wissen, dass damit unserer Pfarrerstand nicht mehr tut als seine Pflicht und nichts anderes als andere Volksgenossen. Zu besonderer Anerkennung ist also kein Anlass, aber wahrlich auch kein Grund zu einem Verhalten gegenüber Kirche und Pfarrerschaft, das ihre Ehre missachtet und der Gerechtigkeit entbehrt. Einer solchen Behandlung durch Staats- und Parteistellen unterliegen wir gerade in dieser Kriegszeit in einer unerträglichen Weise. Wir müssten nicht deutsche Männer sein, wenn wir allen Gewaltmaßnahmen gegenüber schwiegen. Wir würden als Kirchenführer der von uns übernommenen Verantwortung gegenüber Volk und Vaterland untreu wenn wir nicht offen sprächen. Es sind Ihnen in den letzten Jahren verschiedene Eingaben zugeleitet worden, die sich mit der Lage unserer Kirche befassen. Wir könnten ein umfangreiches Material über einschneidende und unbegreifliche Maßnahmen gegen die kirchliche Gemeindepresse, gegen den christlichen Religionsunterricht, gegen kirchliche Arbeit und kirchlichen Besitz, gegen kirchliche Bildungs- und Erziehungsanstalten, gegen einzelne Pfarrer und die gesamte Kirche vorlegen.

Wir sprechen aber nicht nur für uns und unseren Stand, sondern vor allem auch für unsere Gemeinden, die durch harte und rücksichtslose Maßnahmen in eine wachsende Mißstimmung hineingetrieben werden. Sie empfinden insbesondere die völlige Beseitigung der kirchlichen Gemeindepresse und der

christlichen Kalender als ein schweres Unrecht angesichts der Tatsache, dass es für andere Zwecke noch genug Papier gibt. Das muss der Führer des Deutschen Volkes wissen, auch in dieser Zeit, da seine Kräfte bis zum Äussersten angespannt sind; denn es geht für Millionen von Menschen - noch bei der letzten Volkszählung im Jahre 1939 haben sich 95% aller Volksgenossen zu einer christl. Gemeinschaft bekannt -, um Ihr Wort und Ihre soeben wiederholte feierliche Zusage der Gewissensfreiheit und freien Religionsausübung. Die gewährte Gewissensfreiheit schliesst zugleich die Achtung und Ehrfurcht gegenüber dem christlichen Bekenntnis ein und ist nicht vereinbar mit dem Anspruch auf die Menschenführung auch in religiöser Hinsicht, wie ihn die Partei neuerdings selbst den kleinen Kindern gegenüber erhebt.

Wir erheben keinen Machtanspruch, aber allerdings den Anspruch, dass wir als gleichberechtigte und vollwertige Glieder unseres Volkes angesehen und geachtet werden. Was angeistigten Kämpfen in echter deutscher Art ausgetragen werden muss, gehört in die Zeit nach dem Kriege. Wer jetzt innere Gegensätze aufreisst, und vertieft, handelt unverantwortlich und volksschädlich. Vieles ist geschehen, was nur der feindlichen Propaganda nützen konnte; wir rechnen dazu auch die Maßnahmen zur Beseitigung der Geisteskranken u. die sich steigernde Härte in der Behandlung der Nichtarier, auch derer, die sich zum christl. Glauben bekennen.

Wir versagen es uns, die Art der Propaganda gegen Kirche und Christentum näher zu kennzeichnen. Von welcher maßgebender Seite sie beeinflusst wird, zeigt das Beispiel des Reichsschulungsleiters Friedrich Schmidt, der gerade jetzt mitten im Krieg in einer weitverbreiteten Broschüre "Das Reich als Aufgabe" öffentlich für den Kampf gegen das Christentum eintritt. Es ist tiefschmerzlich zu sehen, wie insbesondere die rückgeführten Volksdeutschen unter einer solchen unverantwortlichen Agitation gegen den treubewahrten Väterglauben und unter ihrer Absperrung vom kirchl. Leben in der Heimat leiden. Sie vermögen es nicht zu fassen, dass z. B. den evangelischen Kirchen in den neugewonnenen Ostgebieten der Anschluss an die Deutsche Evang. Kirche und der Charakter der Körperschaft des öffentl. Rechts verweigert worden ist, ausgesucht den Kirchen, die erwiesenermassen am meisten für das deutsche Volkstum während der Fremdherrschaft getan haben.

Um unseres Volkes und um der Gerechtigkeit willen bitten wir, dieser ganzen unheilvollen Entwicklung Einhalt zu gebieten. Sie wird dadurch begünstigt und verstärkt, dass eine ganze Reihe von Staats- und Parteistellen-Reichsministerien, Landesministerien, Reichsstatthalter, Gauleiter, Parteikanzler und Geheime Staatspolizei - oft ohne Verbindung untereinander, und ohne Fühlungnahme mit kirchlichen Stellen in das kirchl. Leben und in die Rechte der Kirche eingreifen, als handle es sich um eine volksschädliche Einrichtung und um herrenloses Gut. Wir haben keine Möglichkeit zu Vorstellungen oder Verhandlungen; Aufklärungen werden nicht gegeben, Eingaben meistens nicht beantwortet. Eine solche Behandlung ist unerträglich und unwürdig und zum Schaden für die Volksgemeinschaft.

Wir bitten den Führer des Deutschen Volkes ehrerbietigst:  
Geben Sie der Kirche in unmissverständlicher Weise ihre Rechtssicherheit wieder; machen Sie dem beunruhigenden Gerede, dass nach Kriegsende eine "Abrechnung" mit den christlichen Kirchen kommen werde, durch ein deutliches Wort ein Ende; geben Sie den Pfarrern, die nicht wegen Verstösse gegen staatliche Grundsätze, sondern wegen ihrer kirchl. Haltung und Betätigung seit Monaten oder Jahren sich in Schutzhaft befinden, die Freiheit zurück; weisen Sie die Behörden an, kirchliches Eigentum zurückzugeben; verfügen Sie einen schriftlichen und persönlichen Umgang und Verkehr mit den kirchl. Stellen, der zur Verständigung und Entspannung führt, und schützen Sie die völkische Ehre auch des Pfarrerstandes. Millionen werden es Ihnen danken, und mit neuer Freudigkeit und Zuversicht daheim und draussen im Dienst an unserem Volke stehen. Geben Sie uns die Gewähr, dass wir mit der gleichen Treue und der gleichen Einsatzbereitschaft gute Deutsche und

und gute evangelische Christen sein dürfen. Wir lassen uns nicht irren  
mögen in der Treue zu unserem Volk, in das wir hineingeboren sind und dem  
wir unser Leben und Sterben verbunden wissen, aber auch nicht in der Treue  
zu dem Herrn, dessen Auftrag die Kirche in jeder Zeit und an jedem Volk  
auszurichten hat.

Im Auftrag:

(gez.) Landesbischof D. Wurm.